

# WEGWARTE

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

Bei dieser Wahl:

## ÖSTERREICH ZUERST!

In diesem Wahlkampf erleben wir eine groteske Situation. Alle kupfern ihre Forderungen oft sogar wörtlich von der FPÖ ab. Themen, für die sich diese jahrelang immer und immer wieder eingesetzt hat durch unzählige Anträge im Parlament, im Präsidentschaftswahlkampf von Norbert Hofer und auf vielen anderen Ebenen, von rot und schwarz aber immer abgelehnt, ja oft sogar als „Verhetzung“ hingestellt wurden, werden jetzt von den bestehenden Parteien, insbesondere der Kurz-ÖVP, und von den meisten der neu antretenden Parteien für sich reklamiert und propagiert. Man bedient sich aber nicht nur der Programme und Inhalte der FPÖ, man angelt ungeniert nach den Stimmen dieser „bösen“ Partei, um diese zu schwächen und damit den Weiterbestand des rot-schwarzen oder schwarz-roten (ghupft wie g'sprungen) Machterhalts abzusichern.

Wir von der „Initiative Heimat & Umwelt“ haben jedenfalls seit einiger Zeit uns intensiv mit den Leistungen der FPÖ über Jahre hinweg beschäftigt. Dabei sind wir auf sehr viele gute konkrete Anträge, Aussagen und Lösungsvorschläge gestoßen, die nur deshalb so wenig bekannt wurden, weil sie von den Medien totgeschwiegen oder nur völlig einseitig und meist abwertend dargestellt wurden und keine seriöse öffentliche

Diskussion darüber ermöglicht wurde. Näheres dazu auf den Seiten 3 und 4. Für uns besonders wichtig ist natürlich der bereits langjährige FPÖ-Arbeitsschwerpunkt **DIREKTE DEMOKRATIE**. Und zwar einer echten direkten Demokratie nach dem Muster der Schweiz ohne jede Themeneinschränkung! Zu diesem Thema hat uns der dritte Nationalratspräsident **Norbert HOFER**, dem dies ein besonderes Herzensanliegen



ist, trotz Wahlkampfstreß einen eigenen öffentlichen Veranstaltungsabend zugesichert - siehe Einladung auf der Rückseite dieser WEGWARTE. Und FPÖ-Generalsekretär **Harald VILIMSKY** schickte IHU-Obfrau Inge Rauscher am 3.8.2017 folgende schriftliche Stellungnahme: „Direkte Demokratie soll und muß zur höchsten Entscheidungsinstanz werden. Zur Zeit wird Österreich mehrheitlich von supranationalen Entscheidungsinstanzen in Brüssel bestimmt. Dabei spielt nicht einmal die gewählte Volkvertretung in Form des EU-Parlaments eine wirkliche Rolle, sondern in erster Li-

nie die EU-Kommission, die nur mittelbar demokratisch legitimiert ist und zum Großteil von der Nomenklatura des EU-Beamtentums dominiert wird. **Mein Ziel: direkte Volksentscheide sollen jede Entscheidung auf europäischer Ebene übertrumpfen können.** Aktuelles Beispiel wäre etwa TTIP (falls dieses Vertragswerk in neuer Form kommt) oder CETA. Ähnlich wäre es mit den Verhandlungen der EU mit der Türkei oder auch eine Volksabstimmung in Österreich, ob wir weiterhin dem Schengen-Vertrag angehören wollen oder nicht, d.h. unsere Grenzen wieder selber kontrollieren wollen oder weiter offen halten müssen. Sobald die Menschen erkennen, daß sie selber über ihre Belange entscheiden können, wird sich auch ihre Haltung zur Politik ganz allgemein verbessern. Gerne verwende ich in diesem Zusammenhang folgenden Spruch: in einer Demokratie hat einer immer Recht und das ist der mehrheitliche Wille der Bevölkerung. In diesem Sinne hoffe ich, daß mit dem Instrument der direkten Demokratie die meisten Dummheiten auf europäischer Ebene in Österreich zumindest neutralisiert werden können.“ Harald Vilimsky ist auch Fraktionsobmann der FPÖ im EU-Parlament und dort auch Vizepräsident der aus neun Mitgliedstaaten bestehenden Fraktion des „Europa der Nationen und der Freiheit.“

**Unterstützungsaktion ..... Seite 2**  
**Massenverteilt-Flugblatt ..... Seite 3 und 4**  
**Protest gegen Truppentransporte ..... Seite 5**  
**Migration - Vergleich mit Ungarn 1956 ....Seite 7**  
**Große Veranstaltung mit Präs. Hofer .... Rückseite**

Österreichische Post AG / Sponsoring Post  
 Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer

# AUFRUF zur Teilnahme an unserer FPÖ-Unterstützungsaktion für die Nationalratswahlen

Bitte trennen Sie das nebenstehende Mehrfarbenblatt aus der WEGWARTE heraus und falzen es ineinander: so haben Sie einen **Folder** vor sich, den Sie weitergeben können. Von diesem Folder haben wir zunächst 400.000 Stück drucken lassen, die zur persönlichen Verteilung von Haus zu Haus, Wohnung zu Wohnung oder wo auch immer gedacht sind, und zwar so rasch wie möglich. Wenn möglichst viele WEGWARTE-Leser sich bei der Verteilaktion in möglichst großem Stil beteiligen, kann diese Menge rasch verteilt sein und wir können weitere Mengen drucken lassen und zur Verteilung bringen. Sie können jederzeit **per mail** (ihu@a1.net), Telefon (02242/70516 oder 0664/425 19 35) oder **per Post** (an IHU, 3424 Zeiselmauer, Hageng. 5) **jede gewünschte Menge** bei uns anfordern (für Sie kostenfrei) und mit rascher Zusendung rechnen.

Für alle in Wien Wohnenden und Arbeitenden gibt es auch bis zum 15. Oktober die Möglichkeit, jede gewünschte Folder-Menge **persönlich abzuholen**, und zwar von Montag bis Freitag 8 bis 16 Uhr bei Fa. Hannes SCHMITZ, 1200 Wien, Leystr. 43, Tel. 01/330340330, office@buttons4you.at

Wir planen auch, ein oder zwei **größere Inserate** in viel gelesebenen Medien mit der Bekanntgabe und Begründung unserer Unterstützungsaktion zu schalten, um auch Menschen zu erreichen, die die Flugblätter nicht erhalten - Österreich hat 6,4 Millionen Wahlberechtigte....

Natürlich kosten Aktionen in dieser Größenordnung auch sehr viel Geld, aber die Bedrohungslage unseres Landes ist so ernst, daß man bei dieser Wahl keine Kosten und Mühen scheuen sollte, damit es zu einem guten Ergebnis kommt. Wie massiv wir mit vereinten Kräften entspr. werben können, hängt davon ab, in welchem Ausmaß Sie uns auch finanziell dabei unterstützen können. Wir ersuchen alle, denen dies überhaupt möglich ist, jedenfalls ganz herzlich darum und danken Ihnen im voraus dafür!

## WER SIND DIE WEISSEN?

Dabei handelt es sich um eine Gruppierung um **RA Mag. Thomas Rathhammer**, die - angeblich - erst knapp vor den Wahlen überhaupt draufgekommen ist, zu kandidieren. Als Sprungbrett dafür benutzen sie das ein halbes Jahr davor als „überparteilich“ lancierte **Volksbegehren „Wir entscheiden“**. Dieses „überparteiliche“ Volksbegehren unterstützten auch wir von der wirklich unabhängigen „Initiative Heimat & Umwelt“ ganz massiv, da die Inhalte auch unseren langjährigen Zielen entgegenzukommen schienen. Ja, **„schienen“**. Dies konnte man aber leider erst erkennen, als aus dem überparteilichen Volksbegehren eine ganz normale Parteikandidatur für die Nationalratswahl mit dem Namen „Die Weissen“ wurde. Diese gehen zwar auf ihrer Webseite groß mit dem Anspruch „Wir sind keine Partei“ hausieren, haben sich aber am 7.7.2017 als politische Partei konstituiert und ihre Statuten beim Innenministerium hinterlegt (was alle Parteien-Neugründer auch müssen). Ohne Parteienstatus hat man nämlich keinen Anspruch auf Parteienfinanzierung....

Erst auf ihrer Partei-Webseite erklären sie dann, wie sie sich die praktische **Durchführung ihrer Volksbegehrens-Forderungen** vorstellen. Es soll nämlich bei Gesetzesvorhaben, also noch bevor das Gesetz beschlossen ist, auf elektronischem Weg mittels APP, Smartphone oder SMS die „Stimme der Weißen“ ans Parlament geschickt werden. Und sobald dies mehr als 100.000 Menschen tun, sei darüber zwingend eine Volksabstimmung abzuhalten. Und das sei die neue, revolutionäre, wahre etc. „Demokratie“. Für so einen Unsinn wird es niemals eine Parlamentsmehrheit geben! Weil damit jeder vernünftige und geordnete Gesetzeswerdungsprozeß verunmöglicht wird. Denn würde eine solche Regelung tatsächlich in Kraft treten, würden von diesem „Recht“ sämtliche Parteien, NGOs und sonstigen pressure groups, Industriobbies etc. Gebrauch machen; das Parlament würde laufend elektronisch bombardiert und das Ganze würde in einem Chaos enden. Abgesehen davon, daß elektronisch herbeigeführte Volksabstimmungen im höchsten

Maße manipulationsanfällig sind und von deren Zustandekommen arbeitende Menschen, denen die Zeit für solche „Spielchen“ fehlt, von vornherein ausgeschlossen sind. Diese völlig realitätsfremden Forderungen haben mit direkter Demokratie nach dem Muster der Schweiz nicht das Geringste zu tun - im Gegenteil. Bei dieser nämlich kann das Volk zwar jederzeit ein vom Parlament beschlossenes Gesetz auch wieder zu Fall bringen, wenn dies in einer „Veto-Volksabstimmung“ (dort heißt dies „fakultatives Referendum“) so entschieden wird, die durch mindestens 50.000 Bürgerunterschriften herbeigeführt werden kann. Aber das alles gilt eben für **bereits beschlossene Gesetze** und die Unterschriften dafür müssen auf geordnetem, überprüfbar, und allen Bürgern zugänglichem Wege gesammelt werden.

Wir werden jedenfalls dieses Volksbegehren **nicht** weiter unterstützen, sondern unsere dorthin bereits übersandten Original-Unterstützungserklärungen **rückverlangen** und sie vernichten. Denn beim Ministerium können von Mag. Rathhammer & Co. nur Original-Unterstützungserklärungen eingereicht werden. Dieser Weg der Rückverlangung steht natürlich allen bisherigen Unterstützern des Volksbegehrens zu, die sich jetzt so gefoppt fühlen wie wir. Entsprechende Schreiben sind an die Adresse „Verein ACHT“, 1010 Wien, Bartensteing. 16/11, zu schicken.

Wie kritiklos und bedenkenlos **Parlamentarier mit „Torschlußpanik“** agieren, erkennt man daran, daß „die Weissen“ jetzt nur deshalb zur Wahl antreten können, weil sie **von drei Noch-Abgeordneten unterstützt** wurden und damit keine Bürgerunterschriften dafür brauchten. Es sind dies Waltraud Dietrich, Leo Steinbichler und Ulla Weigerstorfer, alle vom im Auflösung begriffenen „Team Stronach“. Sie haben sich die wahren Absichten sicher gar nicht näher angeschaut, aber Leo Steinbichler ist bereits Spitzenkandidat dieser Liste in Oberösterreich, denn ein hochbezahltes Mandat kann ja nie schaden, egal mit welcher unserer Meinung nach irreführenden Versprechungen an die Bürger dies erkaufte wurde....

### Legende zum Bild auf der Vorderseite

Wunderschönes Österreich! Morgenstimmung über dem Schafberg (OO), mit Blick über die Seenlandschaft des Salzkammergutes.

## Wichtige Positionen der FPÖ im Bereich der Außenpolitik

Die FPÖ möchte eine Neuaustrichtung der österreichischen Außenpolitik. Es brauche eine:

### Äquidistanz gegenüber den USA und Rußland

Wie es uns der Respekt vor der **NEUTRALITÄT** gebietet. Die seit Jahren von rot und schwarz betriebene einseitige Anbiederung an EU und USA auch durch das Mittragen der noch dazu völkerrechtlich völlig ungerechtfertigten Wirtschaftssanktionen gegen Rußland schadet Österreich enorm und ist eine Gefahr für die Sicherheit unseres Landes. Die FPÖ sagt: Österreich muß bestrebt sein, überall in der Welt Freunde zu haben und sich nicht einseitig einer Supermacht unterzuordnen wie derzeit.

### Einstellung zur EU-Mitgliedschaft

Die FPÖ ist nicht für einen Austritt aus der EU, sie wird aber auch keinen totalen und kritiklosen Unterwerfungsakt unter die EU in einer Regierungserklärung unterschreiben, wie dies Jörg Haider am Beginn der schwarz-blauen Koalitionsregierung von 1999 zum Entsetzen vieler machte. Dies stellen FPÖ-Spitzenfunktionäre bereits mehrfach klar. Es müsse in einigen Bereichen auf Reformen gedrängt werden und dazu sei eine Zusammenarbeit mit den Visegrad-Staaten (Ungarn und Polen, Tschechien und Slowakei) aufzubauen. Sollte die EU tatsächlich weitere Zentralisierungsschritte anpeilen wie einen Finanzminister für alle Mitgliedstaaten, Steuerhoheit über alle EU-Staaten, wie in Brüssel bereits im Gespräch, usw., dann müsse per Mehrheitsentscheidung des Gesamtvolkes auch der Austritt eine demokratische Alternative bleiben. Dies gilt laut FPÖ auch dann, sollte die EU den Beitritt der Türkei zur EU tatsächlich beschließen.

*Impressum/für den Inhalt verantwortlich:  
Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hageng. 5.*

INITIATIVE

Heimat & Umwelt

IHU

Dieses Info-Blatt einer seit vielen Jahren wirklich unabhängigen Bürgerinitiative entstand aus Verantwortungsgelüb für Österreich. Es wurde finanziert aus ausschließlich freiwilligen Kostenbeiträgen bewußter, nicht parteigebundener Staatsbürger, und wird verteilt von ausschließlich ehrenamtlichen Mitarbeitern. Wir führen seit fast 30 Jahren große Informations- und Aufklärungsaktionen an der Basis durch und geben in all den Jahren auch eine eigene Zeitschrift, die „Wegwarte“, heraus. Wir haben zwei bundesweite Volksbegehren organisiert und durchgeführt, zuletzt im Juni 2015 das „EU-Austritts-Volksbegehren“, das von 261.056 Mitbürgern unterzeichnet wurde, praktisch ohne jede Medienunterstützung.

*Obfrau der Initiative: Inge Rauscher*

**Kontaktadressen:** p.A. 3424 Zeiselmauer, Hageng. 5

Tel. 02242/70516 oder 0664/425 19 35

E-mail: ihu@a1.net [www.heimat-und-umwelt.at](http://www.heimat-und-umwelt.at)

### Österreich steht an einem Wendepunkt!

Noch nie war die Lage so ernst wie heute. Ohne eine entscheidende, nicht nur kosmetische Änderung der Regierungszusammensetzung nach dieser Wahl stehen wir vor dem Untergang eines „österreichischen“ Österreichs - in kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. Die Opposition kann noch so durchdachte Vorschläge, Anträge usw. im Parlament bringen, sie wird immer von den Regierungsparteien überstimmt werden! **Reale Umsetzungsmöglichkeiten hat eben nur die Regierung** - das ist vielen Bürgern gar nicht bewußt. Und die neu antretenden Splittergruppen werden vor allem den Effekt haben, neuerdings eine rot-schwarze oder schwarz-rote Regierungsmehrheit herbeizuführen. Wer weiß, ob sie nicht sogar nur zu diesem Zweck gegründet wurden.

**Den einzigen Rettungsanker, den wir weit und breit sehen, haben wir in dieser Kurzinformati-on dargestellt. Aber einen Rettungsanker muß man auch ergreifen! Auf jeden Fall haben wir es selbst in der Hand, das Ruder noch herum-zureißen und dem Schicksal unseres Landes eine positive Wende zu geben. Es wird möglicherweise unsere letzte Chance dazu sein.**

Ende der rot-schwarzen Koalitionsregierung

bei dieser Wahl nur mit einer gestärkten FPÖ möglich!

*Ein Informationsblatt der „Initiative Heimat & Umwelt“*

Ob rot-schwarz oder schwarz-rot ist völlig egal, das würde keinen Unterschied machen. Der plötzlich türkise **Kurz** ist nur eine andere Verpackung für das gleiche Produkt, nämlich die ÖVP. Als bereits **seit über sechs Jahren amtierendes Regierungsmitglied** der „großen Koalition“ hat er auch die **illegale Masseneinwanderung** in diesen Jahren mit ihren verheerenden Folgen **mitzuverantworten**. Die Situation wird immer dramatischer; bis heute ist etwa der Anteil der Moslems in Österreich auf rund siebenhunderttausend Personen gestiegen. Nach über hunderttausend illegalen im Jahre 2105 kamen allein im ersten Halbjahr 2017 über 16.000 illegale Migranten völlig unkontrolliert nur über die angeblich geschlossene Balkanroute nach Österreich. **So weit hätte es niemals kommen dürfen!**

Wenn unser **angestammtes Staatsvolk**, das dieses Land durch Generationen hindurch aufgebaut hat, noch eine Chance haben will, **auch morgen noch die Mehrheit** darzustellen, wird das nur möglich werden, wenn die FPÖ bei der Nationalratswahl so viele Stimmen bekommt, daß sie in der Regierung mitbestimmen kann. Deshalb unterstützen auch wir als **seit bald 30 Jahren unabhängige und freie Arbeitsgemeinschaft** bei dieser Wahl die FPÖ, und zwar freiwillig und aus Überzeugung, **und auf eigene Kosten**. Näheres im Inneren dieses Blattes.

*Auf den nächsten Seiten:*

**Was Sie über die Medien nicht erfahren können.**

# Warum langjährige Unabhängige bei dieser Wahl die FPÖ unterstützen

Wegen ihrer Entschlossenheit zur Wiedereinführung von **GRENZKONTROLLEN, eines GRENZ-SCHUTZES und notfalls einer SCHLIEßUNG der GRENZEN gegen die illegale Masseneinwanderung.** Die FPÖ ist die einzige Partei, die diese Maßnahmen seit Jahren verteidigt und nicht erst kurz vor Wahlen „entdeckt“. Daher ist sie auch die einzige, der man deren Umsetzung auch nach der Wahl zutrauen kann. Sie verlangt auch seit Jahren den einzig richtigen Ansatz zur **EINDÄMMUNG DER MIGRANTENSTRÖME:** Sozialleistungen an Einwanderer darf es erst geben, nachdem diese mindestens 5 Jahre eine geregelten Arbeit hier in Österreich nachweisen können. Dies wurde von den anderen Parteien bisher immer abgelehnt! Damit würde der finanzielle Anreiz zur Einwanderung schnell wegfallen. Auch die Forderung auf betreute Aufnahmefläger in Nordafrika und Prüfung von Asylverfahren ebendort wurde als erste von der FPÖ erhoben und hat voriges Jahr noch Proteststürme im In- und Ausland bis hin zur EU-Zentrale ausgelöst; heute wird sie von allen gutgeheißen. Nur geschehen ist nichts dergartiges!

Wegen ihres langjährigen Eintretens für eine **ECHTE DIREKTE DEMOKRATIE NACH SCHWEIZER MUSTER.** Immer wieder in zahlreichen Anträgen im Parlament vorgebracht, von den Anderen ebenso oft abgelehnt, verpflichtete sich die FPÖ im März dieses Jahres endgültig darauf durch einstimmige Annahme eines entspr. „Leittrags“ beim Bundesparteitag in Klagenfurt. Das wäre die wirkliche **WENDE FÜR ÖSTERREICH:** Bei ausreichend unterstützten Volksbegehren muß darüber zwingend eine Volksabstimmung durchgeführt werden. Und: bei einer ausreichenden Zahl von Bürgerunterschriften muß - wie in der Schweiz - eine **„VETO-VOLKSABSTIMMUNG“** abgehalten werden, mit der auch bereits im Parlament beschlossene Gesetze wieder zu Fall gebracht werden können. Mit diesen Instrumenten können auch für unsere Bürger wirklich schädliche Vor-

gaben aus „Brüssel“ zumindest für unser Land unwirksam gemacht werden. Das gilt insbesondere für die Handelsabkommen der EU mit Kanada (CETA), den USA (TTIP), und Japan (JEFTA). Kern und Kurz haben deren „vorläufiger Anwendung“ in Brüssel im Februar dieses Jahres bereits zugestimmt, das endgültige Inkrafttreten kann also nur mehr durch eine Volksabstimmung verhindert werden. Die FPÖ war von Anfang an gegen diese unfairen und für die heimische Landwirtschaft und den gesamten Mittelstand desaströse Abkommen.

Wegen der klaren Haltung der FPÖ **GEGEN EINEN BEITRIT DER TÜRKEI ZUR EU,** der in Brüssel nach wie vor an der Tagesordnung ist. Nicht nur der österr. EU-Kommissar Hahn (ÖVP) tritt in Brüssel immer noch dafür ein.



„ÖSTERREICH ZUERST!“

Heinz-Christian Strache und sein Vize Norbert Hofer

Wegen der langjährigen Forderung der FPÖ auf **AUSSTIEG AUS DEM EURATOM-VERTRAG.** Auch dieser wurde von rot und schwarz immer abgelehnt. Seit 23 Jahren zahlen Österreichs Steuerzahler jährlich zig Millionen Euro nach Brüssel zur Förderung der Atomenergie!

Wegen ihres erfolgreichen Kampfes für die **ABSCHAFFUNG DES PFLEGEREGRESSES.** Jahrelang wurde dieser immer wieder von der FPÖ im Parlament gefordert und immer wieder wurde er von rot und schwarz abgelehnt. Erst kurz vor den Wahlen stimmten dann auch sie dieser Riesenerleichterung für zigtausende Familien zu.

Wegen der Gegenwehr der Freiheitlichen **GENEN DIE GEPLANTE ABSCHAFFUNG DES BARGELDES.** Im Vorjahr brachte die FPÖ dazu bereits eine Petition im Parlament ein, im Juni 2017 den Antrag, daß das Recht auf unbeschränkte Verwendung von Bargeld in der österr. Verfassung festgeschrieben werden möge. Die anderen Parteien, auch die Kurz-ÖVP, stimmten gegen diesen Antrag.

Wegen der von der FPÖ geplanten **AUFWERTUNG DES RECHNUNGSHOFS.** Seit vielen Jahren macht der Rechnungshof sehr gute Einsparungsvorschläge für den Gesamthaushalt. Der jüngste Bericht zeigt, wie fast 5 Milliarden Euro jährlich einzusparen wären. Aber die bisherigen Regierungen haben sich nie darum gekümmert. Die FPÖ will eine Schnittstelle zwischen Parlament und Rechnungshof mit eigenen Kompetenzen einführen, damit diese Vorschläge endlich in die Tat umgesetzt werden.

Wegen ihrem eindeutigen **BEKENNTNIS ZUR FAMILIE VON MÜTTER, VATER UND KIND(ERN).** Nur diese Lebensform ist die Keimzelle des Staates, schafft Zukunft für ein Volk und verdient daher den Schutz und die Förderung des Staates. Natürlich auch die alleinerziehenden Mütter oder Väter.

Wegen ihrer klaren **ABLEHNUNG DES GEPLANTEN IMPFZWANGS,** den sie zurecht als „totalitär“ bezeichnet. Die FPÖ sprach sich im Parlament mehrfach dagegen aus. In Italien wurde dieser vor kurzem Gesetz, was riesige Protestaktionen der Bevölkerung auslöste.

# Scharfer Protest gegen amerikanische und britische Panzertransporte durch Österreich diese Woche

Offener Brief an Bundeskanzler, Verteidigungs-, Außen- und Innenminister

**Zeiselmauer (OTS) - Offener Brief an das Bundeskanzleramt der Republik Österreich, das Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport (BMLVUS), das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) und das Bundesministerium des Inneren (BMI).**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Überparteiliche EU-Austrittskomitee entnimmt zahlreichen Medienberichten („Heute“, „Kurier“, „Standard“, „Kronenzeitung“ etc.) die Nachricht, daß in dieser Woche umfangreiche amerikanische und britische NATO-Truppen- und Panzertransporte durch Österreich zur Abhaltung von internationalen militärischen Großübungen unter der Leitung der USA nahe den Grenzen zu Rußland stattfinden sollen. Laut Auffassung der österreichischen Bundesregierung stellt dies keine Verletzung der immerwährenden Neutralität Österreichs sowie weiterer völkerrechtlicher und internationaler Rechtsvorschriften dar. Unter Berücksichtigung der geltenden Bestimmungen des Truppenaufenthaltsgesetz (TrAufG i.d.F. BGLBl. I, Nr. 181, 2013) sei eine diesbezügliche Durchfahrts- und Aufenthaltserlaubnis seitens der Bundesregierung zulässig.

Das Überparteiliche EU-Austrittskomitee stellt im gegebenen Fall jedenfalls eine schwere Mißachtung völkerrechtlicher Verpflichtungen, insbesondere hinsichtlich des Bundesverfassungsgesetzes zur immerwährenden Neutralität Österreichs, fest. Darüber hinaus steht das überwiegende außenpolitische Interesse der Republik Österreichs der Genehmigung des Truppen- und Panzerdurchmarsches US-amerikanischer und britischer Streitkräfte diametral entgegen.

Die andauernde politische und militärische Provokation Rußlands durch Spitzenvertreter der österreichischen Politik (einschließlich Inkaufnahme schwerer volkswirtschaftlicher Schäden Österreichs durch sog. Wirtschafts-Sanktionen gegen Rußland) setzt die Serie negativer politischer und finanzieller Maßnahmen der Österreichischen Regierung gegen den Nachfolgestaat der Signatarmacht Sowjetunion und gegen die eigenen österreichischen Interessen fort.

Dazu Prof. **Dr. Heinrich Wohlmeyer**, anerkannter Ressourcenökonom und Mitglied des EU-Austritts-Personenkomitees: „Wir als Unterzeichnende sind entsetzt, daß die Bundesregierung im Angesicht der zunehmenden Spannungen nunmehr aktiv dazu beiträgt, daß durch die Begünstigung provozierender Truppenbewegungen an den russischen Grenzen auch noch Öl ins Feuer gegossen wird. Dies ist nicht nur eindeutig mit der immerwährenden Neutralität Österreichs unvereinbar, sondern birgt auch das Risiko in sich, daß wir in den Augen der Russen nicht mehr geachtete und neutrale Vermittler sind, sondern Feindstaatqualität haben. Wir ersuchen daher diese Genehmigung unverzüglich zu widerrufen!“

Inge Rauscher, Vorsitzende des EU-Austrittskomitees, ergänzt: „Ohne die EU-Mitgliedschaft Österreichs wäre eine solche völkerrechts- und verfassungswidrige Vorgangsweise der Bundesregierung undenkbar. Aber da die EU de facto bereits einem militärischen Bündnis gleichkommt - 24 der 28 Mitgliedstaaten sind gleichzeitig NATO-Mitglieder - wollen „unsere“ Politiker wieder einmal - in vorausgehendem Gehorsam gegenüber EU-Brüssel, der USA und dem NATO-Angriffsbündnis - entgegen staatsvertraglicher Verpflichtungen den Muster-

schüler spielen und somit unsere Glaubwürdigkeit und v.a. unsere immerwährende Neutralität endgültig aufs Spiel setzen!“

Das Überparteiliche EU-Austrittskomitee protestiert somit in aller Schärfe gegen diese verantwortungslose Vorgangsweise der Österreichischen Politik und fordert einen sofortigen Stopp der militärischen Aktionen von NATO-Mitgliedern auf österreichischem Bundesgebiet.

Mit wenig freundlichen Grüßen,

Überparteiliches  
EU-Austrittskomitee:

Inge Rauscher, Helmut Schramm,  
Renate Zittmayr, Mag. Markus  
Lechner, Dr. Franz-Joseph Plank,  
Hon.Univ.-Prof. Dr. Heinrich Wohlmeyer

ihu@a1.net

[www.eu-austritts-volksbegehren.at](http://www.eu-austritts-volksbegehren.at)

[www.jazumoexit.at](http://www.jazumoexit.at)

**Dieser offene Protestbrief vom 6. Juni 2017 wurde auch als Presseaussendung an tausende Journalisten im In- und Ausland verschickt per APA-OTS\_20170606\_OTS0008 sowie an den Botschafter der russischen Föderation in Österreich.**

Soweit für uns ersichtlich, waren wir die einzige Organisation der Zivilgesellschaft, die gegen diese Truppentransporte durch Österreich protestierte.

**Der einzige POLITIKER,  
der diese NATO-Transporte  
öffentlich kritisierte,  
war FPÖ-Obmann  
Heinz-Christian Strache.**

**WEGWARTE** 27. Jahrgang, Folge 5, September 2017, ZulassungsNr. "02Z033544S" Mitteilungen der

Initiative Heimat & Umwelt, Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien, Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:

**Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5, Tel.: 02242/70 516, ihu@a1.net**

[www.eu-austritts-volksbegehren.at](http://www.eu-austritts-volksbegehren.at), [www.heimat-und-umwelt.at](http://www.heimat-und-umwelt.at), [www.jazumoexit.at](http://www.jazumoexit.at)

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 23.08.2017, **Spendenkonto: IBAN: AT36 6000 0000 0748 3053, BIC: OPSKATWW**

## Näheres zur „FLÖ - Freie Liste Österreich & FPS Dr. Karl Schnell“

Diese ebenfalls knapp vor der Wahl aus der Taufe gehobene Partei besteht vorwiegend aus Menschen, die vor Jahren oder erst vor kurzem aus der FPÖ ausgetreten sind bzw. von dieser ausgeschlossen wurden. Besonders krass ist dabei der Fall von Fr. **Barbara Rosenkranz**. 28 Jahre hindurch in höchsten Mandatsfunktionen auf Bundes- und Landesebene, wenige Tage vor Einreichungsfrist für die Landeswahlvorschläge Austritt aus der FPÖ und Übertritt zur FLÖ, die eindeutig auf Verwechslungswähler ausgerichtet ist - nur ein Buchstabe Unterschied in der Kurzbezeichnung. In allen öffentlichen Aussagen - übrigens schon seit Jahren - und in ihrem Werbeblatt, das an Geschmacklosigkeit und Unseriosität nicht zu überbieten ist, rühmt sie sich für ein einziges angeblich so bedeutendes Abstimmungsverhalten. Der genaue Sachverhalt war aber so:

Frau Rosenkranz stimmte am **2.3.2005** gemeinsam mit allen anderen Fraktionen, auch ihrer eigenen, **für** die Ratifizierung des **EU-Verfassungsvertrages** durch das österreichische Parlament **ohne Volksabstimmung**. Dieser war ja noch um einiges weitreichender als der spätere Lissabon-Vertrag. Das war noch unter Parteiohmann **Jörg Haider**, dem auch sie sich nicht zu widersprechen traute. Dann, am 5.4.2005, erfolgte die Parteispaltung. Haider und andere gründeten das BZO. Am 23.4.2005 wurde Strache zum Parteiohmann gewählt, die FPÖ-Fraktion im Parlament war nur mehr ein Torso und in dieser Umbruchsituation stimmte Rosenkranz dann am **11.5.2005** unter

Parteiohmann Strache (damals noch nicht im Parlament) als einzige Abgeordnete gegen die Ratifizierung des EU-Verfassungsvertrages. Also - ein totaler Gesinnungswandel in nur zwei Monaten oder Effekthascherei? Der EU-Verfassungsvertrag wurde kurz darauf ohnehin von der EU selbst zurückgezogen wegen der negativ ausgegangenen Volksabstimmungen darüber in Frankreich und den Niederlanden. Viel bedeutender hätte folgendes Abstimmungsverhalten werden können:

Am 25.3.2008 verlangte die zu diesem Zeitpunkt wieder gestärkte FPÖ-Fraktion eine Volksabstimmung über den Lissabon-Vertrag. Als diese von der Parlamentsmehrheit abgelehnt wurde, stimmte die **FPÖ-Fraktion geschlossen gegen die Ratifizierung des Lissabon-Vertrages** durch das österreichische Parlament. Hätten damals auch die Grünen dagegen gestimmt, hätte dieser in der ganzen EU nicht ratifiziert werden können! Sie waren aber auch in dieser entschiedenen Frage brave Mehrheitsbeschaffer von rot und schwarz.... Wäre es denn - ginge es um Österreich und nicht um das eigene Ego - nicht viel naheliegender, Frau Rosenkranz würde nicht die Strache-FPÖ angreifen, sondern rot-schwarz-grün? Und wäre es von ihr nicht ehrlicher, nicht nur ihr Abstimmungsverhalten vom 11.5.2005 landauf/landab wie ein Banner vor sich herzutragen, sondern auch ihr genau diesem entgegengesetztes Abstimmungsverhalten vom 2.3.2005? **Auch eine halbe Wahrheit ist eine LÜGE!**

## Verleumdungen gegen Inge Rauscher widerrufen!

Zur Erinnerung: im Jänner 2017 sagte der langjährige SPO-Bürgermeister von Traisen, LAbg. **Herbert Thumpser**, eine Veranstaltungsteilnahme als Podiumsredner zum TTIP/CETA-Volksbegehren ab, weil er sich nicht mit Inge Rauscher an einen Tisch setzen wolle, da diese **„mit Rechtsextremen und Holocaust-Leugnern verkehren würde“**. Inge Rauscher klagte gegen diese unhaltbaren Aussagen, die auch Medien gegenüber getätigt und von diesen veröffentlicht wurden, mithilfe ihrer Wiener Anwältin Dr. Eva Maria Barki. Das Verfahren im Landesgericht St. Pölten wurde mit einem **Vergleich** abgeschlossen, in dem Herr Thumpser seine Verleumdungen gegen Inge Rauscher **in allen Punkten widerruft und sich zu deren Unterlassung in aller Zukunft verpflichtet** sowie zur Zahlung der Hälfte der Gerichtskosten beim Landesgericht

St. Pölten zuzüglich 1.000,- Euro Beitrag zu den Anwaltskosten von Fr. Rauscher. Im Gegenzug verzichtete Rauscher auf Schadenersatz und Widerrufsveröffentlichung in den Medien. Ansonsten hätte sich das Verfahren noch Jahre hingezogen und hätte noch viel mehr Geld gekostet. Es ging ja in erster Linie um die Wiederherstellung der Ehre und des guten Rufes von Inge Rauscher und damit der „Initiative Heimat & Umwelt“. Die Gesamtkosten betragen auch so 4.851,78 Euro, was für uns sehr viel Geld ist. Deshalb bitten wir auch Sympathisanten und Freunde um einen **Kostenbeitrag** dazu gemäß beiliegendem Zahlschein und danken im voraus. Die Nerven, die es durch Monate hindurch kostet, wenn man plötzlich nach fast 30 Jahren ehrenamtlicher Tätigkeit für die Allgemeinheit mit solchen Vorwürfen konfrontiert wird, kann einem ohnehin niemand ersetzen.

## Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die **„Initiative Heimat & Umwelt“ (IHU)** ist eine freie Arbeitsgemeinschaft, die keiner Partei nahe steht. Seit 25 Jahren werden unsere Aktivitäten **ausschließlich ehrenamtlich** und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

**WIR DANKEN** allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

**BITTE** benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

**Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger:** Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninserate!

# Migration - Vergleich mit Ungarn 1956

von Dr. Eva Maria Barki

## Offener Brief vom 7.7.2017 an den Vizepräsidenten der EU-Kommission:

Sehr geehrter Herr Vizepräsident Timmermans!

Danke, daß Sie in Ihrer Wortmeldung vor dem Europäischen Parlament die spontane und positive Aufnahme der Ungarn-Flüchtlinge nach der Revolution 1956 mit der heutigen Migrationswelle verglichen haben.

Sie haben damit die Problematik auf den Punkt gebracht. Das Beispiel Ungarn 1956 zeigt nämlich ganz deutlich, daß es keiner völkerrechtlichen oder innerstaatlichen Norm bedarf – damals war der Geltungsbereich der Genfer Flüchtlingskonvention noch nicht erweitert und damit nicht verbindlich und gab es auch kein innerstaatliches Asylgesetz – ‚wenn es sich tatsächlich um Flüchtlinge handelt. Die innerhalb weniger Monate in Österreich ankommenden nahezu 200.000 Flüchtlinge fanden eine ungeteilte Aufnahme- und Hilfsbereitschaft, weil deren Verfolgung aus unmittelbarer Nähe miterlebt wurde und weil es sich um ein Volk handelte, welches jahrhundertlang historisch und kulturell mit Österreich engstens verbunden war.

Es handelte sich demnach nicht um Personen, die tausende, ja zehntausende Kilometer durch mehrere Staaten hindurch zurückgelegt haben, ohne im erstmöglichen Staat Schutz zu suchen. Es handelte sich nicht um Personen, die auf diesen Wegen von bestens organisierten und orchestrierten kriminellen Schlepperbanden geschleust wurden. Es handelte sich nicht um Personen, deren Identität und daher auch deren Fluchtgründe nicht überprüfbar waren.

Der Vergleich zeigt deutlich: Eine freiwillige Aufnahme von Flüchtlingen funktioniert nur dann und ist auch nur dann gerechtfertigt, wenn sie vom Willen der Bevölkerung getragen ist und die Zustimmung der gesamten Bevölkerung hat.

Wenn auch die Genfer Flüchtlingskonvention heute einen zeitlich und

räumlich erweiterten Geltungsbereich hat, so ist sie dennoch auf die derzeitigen Migrantenströme nicht anwendbar. Weder Krieg, noch Bürgerkrieg, noch schlechte Lebensbedingungen, noch wirtschaftliche Ursachen sind Asylgründe. Die Konvention ist im Jahre 1951 unter ganz anderen politischen Voraussetzungen mit ganz anderen Zielen entstanden und heute obsolet. Ihre Aufkündigung würde nicht nur den politischen und rechtlichen Gegebenheiten entsprechen, sondern verhindern, daß Migranten mit falschen Versprechungen angelockt werden, aber auch verhindern, daß Politiker in Unkenntnis der Rechtslage andauernd die Einhaltung der Konvention einmahnen.

Mangels völkerrechtlicher Definition und Verpflichtung zur Gewährung von Subsidiärem Schutz liegt die Aufnahme von Zuwanderern ausschließlich in der Kompetenz der Mitgliedstaaten. Daran ändert auch die Richtlinie 2011/95/EU nichts, welche versucht, die Flüchtlingskonvention auch auf von dieser nicht umfaßte Personen auszudehnen. Die Richtlinie ist rechtswidrig, sie gilt auch nicht in allen Mitgliedstaaten (Großbritannien, Irland und Dänemark).

Sehr geehrter Herr Vizepräsident, anstelle berechtigte Kritik in der EU zu ignorieren, und jene maßregeln, die das Recht einhalten, wäre es notwendig, den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechtes in der EU nicht nur zu versprechen, sondern auch zu verwirklichen und dessen fortschreitende Auflösung aufzuhalten. Die dramatischen Mahnungen namhafter Juristen mögen beachtet werden, insbesondere das Gutachten von Udo di Fabio für die Bayerische Staatsregierung.

Sehr geehrter Herr Vizepräsident, der ungarische Volksaufstand 1956 hatte auch völkerrechtliche Auswirkungen. Er war impulsgebend nicht nur für die Erweiterung des zeitlichen und räumlichen Geltungsbereiches der Flüchtlingskonvention mit dem Protokoll von 1967. Es war der erste große Kampf in Europa nach dem 2. Weltkrieg für Selbstbestimmung, und hat – gemeinsam mit den Selbstbe-

stimmungsbestrebungen in Algerien und im übrigen Afrika – dazu beigetragen, daß 1966 das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Artikel 1 der beiden UN-Menschenrechtspakte aufgenommen wurde und damit nicht nur als völkerrechtlicher Grundsatz, sondern als völkerrechtliche zwingende Norm Geltung hat. Dieses Recht, das die freie Entscheidung aller Völker über ihren politischen Status, sowie über ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung beinhaltet, hat die Grundlage jeder demokratischen Rechtsordnung zu sein. Dieses unverzichtbare und unveräußerliche Grundrecht aller Grundrechtsnormen wird weltweit mißachtet und der Macht vor dem Recht der Vorzug gegeben. Die Europäische Union ist davon nicht ausgenommen.

Die Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes ist die Ursache aller regionalen Konflikte der Welt und – gemeinsam mit der zweiten zwingenden Völkerrechtsnorm, dem Gewaltverbot – Ursache von Flüchtlingsströmen.

Die Respektierung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, mit welchem die Respektierung der Staatssouveränität untrennbar verbunden ist, ist die Grundvoraussetzung für Recht und Freiheit, und damit für Frieden.

Dies hat auch für die Europäische Union zu gelten, wenn sie auch in Zukunft Bestand haben soll.

Mit vorzüglicher Hochachtung

**Dr. Eva Maria Barki**

Kopien an:

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker

Europäisches Parlament, Mediale Öffentlichkeit

**Eva Maria Barki ist Rechtsanwältin in Wien mit Spezialgebiet Menschen-, Nationalitäten- und Volksgruppenrechte. Sie war schon mehrfach Referentin bei Veranstaltungen der IHU und wird auch am 12.9. in Altengbach sprechen.**

Bitte weiterverbreiten !

INITIATIVE  
*Heimat & Umwelt*



Eintritt: freie Spende

Einladung zum öffentlichen

## **Vortrags- und Diskussionsabend**

am **Dienstag, 12. September**, um **19 Uhr**

in **ALTLENGBACH** im Wienerwald  
im **Hotel STEINBERGER, Hauptstraße 52**

*Es sprechen:*

**Ing. Norbert HOFER**

*3. Präsident des Nationalrats*

*zum Thema*

**Direkte Demokratie**  
**und soziale Gerechtigkeit für**  
**Österreichs Bürger schaffen!**

*sowie*

**Dr. Eva Maria BARKI**

*Rechtsanwältin*

*zum Thema*

**Schicksalstage für Europas Zukunft:**  
**Neue Gefahr durch**  
**Asyl und Masseneinwanderung?**

*Veranstalter:*

**Unabhängige und freie Arbeitsgemeinschaft  
„INITIATIVE HEIMAT & UMWELT“**

*Moderation:*

**Inge RAUSCHER, Obfrau der IHU**

***Möglichkeit zum Speisen im Lokal ab 17.30 Uhr bis Veranstaltungsbeginn***

Alt Lengbach liegt zwischen Wien und St. Pölten  
nahe Autobahnknoten Steinhäusl, A1-Autobahnabfahrt „Alt Lengbach“,  
Übernachtungsmöglichkeit im Hotel vorhanden: 02774/2289, [reservierung@hotel-steinberger.at](mailto:reservierung@hotel-steinberger.at)

*Impressum/für den Inhalt verantwortlich:*

Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hageng. 5, Tel. 02242/70516, [ihu@a1.net](mailto:ihu@a1.net)